

Nushası 5 Kruştur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık	Türk Lirası 1.50	R.M. 5.-
Üç aylık	4.25	13.-
Altı aylık	8.-	25.-
Bir senelik	15.-	50.-

Yahut muhabirlik.
 Haftada 6 defa çıkar.
 İdarehane
 Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
 Telgraf adresi: Türköpost.
 Telefon: 44.606.
 Posta Kütüphanesi: İstanbul 1295.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.-
" 3 Monate	" 4.25	" 13.-
" 6 Monate	" 8.-	" 25.-
" 12 Monate	" 15.-	" 50.-

oder Gegenwert
 Erscheint wöchentlich 6 mal.
 Geschäftsleitung:
 Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
 Drabantschr., Türköpost.
 Fernsprecher: 44.606.
 Postfach: İstanbul 1295.

Sicherheit auch für Deutschland!

Berlin, 10. Jan. (A.A. nach WT.B.)
 Am Vorlage der Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen, dem zweiten Abschnitt der Abrüstungskonferenz, wird in gut unterrichteten Kreisen festgestellt, daß Deutschland, das nunmehr die Zusage seiner völligen Rechtsgleichheit erhalten hat, noch bei weitem nicht über die nationale Sicherheit verfügt, auf die es laut Artikel Acht der Völkerbundsatzungen Anspruch hat, und der die Grundlage für den Abbau der nationalen Rüstungen auf das für die Erhaltung des Friedens notwendige Mindestmaß bilden muß. Deutschlands Arbeit auf der Abrüstungskonferenz hat die Erreichung dieses Mindestmaßes an nationaler Sicherheit zum Ziele.

Es kann daher über die Erreichung dieses Zieles gar keine Zweifel geben, nachdem Deutschland durch lange Jahre hindurch, während derer es nur das eine Ziel der vollständigen Rüstungsbeschränkung verfolgte, das Vorbild für die anderen Staaten und deren Abrüstung gewesen ist.

Deutschland fordert vom qualitativen Standpunkt aus die vollständige rechtliche Gleichstellung, während es, rein mengenmäßig gesehen, sich mit einer stufenweisen Wiederherstellung des Gleichgewichtes einverstanden erklären würde, wenn auch die anderen Mächte mit der praktischen Durchführung einer solchen Herabsetzung beginnen würden. Deutschland wird auf der tatsächlichen Ausführung jener Verpflichtungen bestehen, die durch die Verträge und den Pakt des Völkerbundes festgelegt sind.

Deutschland vertritt die Ansicht, daß ein Abrüstungsabkommen, das die Rüstungen für alle Staaten ganz abge-

Deutsche Militärattaches für das Ausland.

Berlin, 10. Jan. (A.A. nach WT.B.)
 Vom 1. April ab werden den Botschaften in Paris, London, Rom, Moskau, Washington, wie den Gesandtschaften in Prag und Warschau Militärattaches zugeteilt werden; das weitere Marineattaché den Botschaften von Paris, London und Rom.

Einige von ihnen werden gleichzeitig mehreren Staaten zugeteilt werden.

Auswärtiger Ausschuss des Reichstages.

Berlin, 10. Januar.
 Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für den 20. Januar einberufen worden.

Zur Beratung stehen die Auslandsschulden Deutschlands, die Fragen der Abrüstungskonferenz, ferner der Schutz der deutschen Minderheiten im Ausland und die handelspolitische Lage Deutschlands.

Rheinbaben in Paris.

Paris, 11. Jan. (A.A. nach Havas.)
 Die Diplomaten-Altkonferenz empfing den deutschen Vertreter für die Abrüstungskonferenz, Freiherrn v. Rheinbaben.

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Berruyer, hielt eine Begrüßungsansprache, in der er auf die Abrüstungsfrage zu sprechen kam und die Notwendigkeit einer raschen Herabsetzung der Rüstungen betonte.

Der Gasi

Ankara, 10. Jan. (Tel.)
 Während seiner Studienreise wird der Staatspräsident auch Balıkesir besuchen. Vorher wird der Gasi in Eskişehir Aufenthalt nehmen, wo er im Hotel Porsuk Wohnung nehmen wird.

Armenier-Auswanderung aus Bulgarien.

Sofia, 6. Jan. (A.A.)
 Aufgrund einer in Bulgarien von zwei Abgesandten des sowjetrussischen Armenien einseitigen Werbemitteilung wird eine starke Auswanderungsbewegung unter den Armeniern des Landes nach dem Kaukasus festgestellt; an die tausend Armenier sollen sich in Bulgarien bereits nach Armenien eingeschifft haben; weitere 4000 werden Bulgarien noch im Laufe dieses Monats verlassen.

Arabisches Nachrichtenbüro in London geplant.

Jaffa, 3. Jan.
 Eine Gruppe arabischer Politiker, die, wie es heißt, dem früheren Chediven Abbas Hilmi nahesteht, will in London ein arabisches Nachrichtenbüro eröffnen. Das Büro wird in allen größeren arabischen Städten eigene Vertretungen unterhalten. Zum Vertreter des Büros in Palästina wurde Ias Effendi Bendak ernannt, der Herausgeber der „Saut esch-Schaab“ von Beirutan.

Dieses Blatt soll demnächst in eine Tageszeitung umgewandelt werden, die dann als das palästinensische Sprachrohr des Chediven zu gelten haben wird.

Titulescu bleibt.

Bukarest, 10. Januar.
 Wie aus Bukarest gemeldet wird, soll es Titulescu bei seiner Unterredung mit dem König gelungen sein, ein Kompromiß zu finden, sodaß die Regierungskrise als überwunden angesehen werden kann.

Volkspartei und Anleihe.

Die Haltung der Regierung gebilligt.

Ankara, 10. Januar (A.A.)
 Mitteilung des Vorstandes der Fraktion der Volkspartei:
 Die Fraktion der Volkspartei trat unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Ali Bey zusammen. Ministerpräsident İsmet Paşa leitete die Aussprache mit einer zusammengefaßten kurzen Rede über den Stand der Verhandlungen in der Frage der osmanischen Vorkriegsschulden. Die Aussprache dauerte bis in die späten Abendstunden, abgebrochen unter dem Vorsitz der Fraktionsführer Ali Bey und Dschemil Bey in mehreren aufeinanderfolgenden Sitzungen.

Zahlreiche Redner ergriffen das Wort und behandelten die bisherigen verschiedenen Verhandlungen und ihre Ergebnisse. Sie gaben auch ihre Meinungen über das paraphierte letzte grundsätzliche Abkommen Ausdruck und verlangten eingehende Auskünfte und Aufschlüsse.

Während der Sitzung griff auch Außenminister Tewfik Rüschdi Bey in die Aussprache ein.

Sarradsch Oglu Schükrü Bey gab wiederholt Erklärungen auf verschiedene Anfragen.

Die Winterferien der G. N. V.

Ankara, 9. Jan. (Tel.)
 Die G. N. V. wird bis Sonnabend, den 14. Januar alle dringenden Angelegenheiten beraten und voraussichtlich an demselben Tag in die Winterferien gehen.

Die Abberufung des persischen Gesandten in London.

Teheran, 10. Januar (A.A.)
 Der Minister des Auswärtigen erklärte einem Vertreter des Reuter-Büros gegenüber, daß die Rückberufung des persischen Gesandten in London eine einfache Personalveränderung ohne jeden Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Rechtsstreit der Anglo-Persian sei.

Der Minister hob dann unter Hinweis auf die unzutreffenden Pressemeldungen hervor, daß die persische Politik dahin ginge, der Welt zu zeigen, wie Persien keineswegs dem Einfluß fremder Mächte offen noch verfallen sei.

Priedensverhandlungen im Fernen Osten?

Tokio, 10. Januar.
 Wie aus dem chinesischen Kampfgebiet gemeldet wird, haben sich die Japaner bereit erklärt, auf angebliches chinesisches Ersuchen in Verhandlungen über die Beilegung des „Zwischenfalls von Schan-hai-kwan“ einzutreten.

Die chinesische Regierung bestreitet innerselbst, daß solche Verhandlungen geplant seien.

Aus Schan-hai-kwan wird gemeldet, daß die japanischen Truppen inzwischen weiter vorgestoßen sind und ein größeres Gebiet innerhalb der chinesischen Mauer besetzt haben.

Russische Pressestimmen.

Russland und das Ausland.

Moskau, Anfang Januar.
 In einem Leitartikel über die Außenpolitik des Sowjetstaates sagt die „Pravda“, daß man jetzt auch von einem erfolgreich durchgeführten Fünfjahresplan der Festigung des internationalen Ansehens der Sowjetmacht sprechen dürfe.

Das Blatt zählt dann die in letzter Zeit von der Sowjetunion abgeschlossenen Nichtangriffspakte auf und spricht die Erwartung aus, daß die „wütenden sowjetfeindlichen Kampagnen“, die man in allen kapitalistischen Ländern hätte beobachten können, nunmehr ihr Ende finden würden. Mit großer Bestimmtheit spricht das Sowjetblatt von Interventionsplänen und schreibt:

„Die Organisatoren und Anreger einer Intervention im Westen hatten den Zeitpunkt für die Verwirklichung solcher Pläne zuerst auf 1930 und dann auf 1931 festgesetzt. Die Initiative ging von Seiten bestimmter französischer Militär- und Zivilkreise aus, an deren Spitze Poincaré stand. Der Schlag sollte von seinen Räumlichkeiten, Polen und der baltischen Staaten ausgehen. Im Herbst 1931 trat dann auch die Gefahr einer Intervention von Osten in Erscheinung.“

Wenn trotz alledem die Sowjetunion nicht angegriffen wurde, wenn man nicht einmal den Versuch wagte, sie wie China zu behandeln, so sei das durchaus nicht irgendwelchen Umgestaltungen im Auslande zu verdanken, sondern dem Umstand, daß die Sowjetunion entgegen allen Plänen und Berechnungen der Gegner immer stärker und damit unangreifbarer geworden sei.

Heute könne der Sowjetstaat alle seine Grenzen „nach die entgegenste“ erfolgreich verteidigen und die Träume von militärischen Spatzergängen auf dem Sowjetgebiet müssen nun für allemal begraben werden.“

Rede Stalins.

Moskau, 10. Januar.
 In der Vollsitzung der kommunistischen Zentrale in Moskau hielt Stalin eine große Rede, in der er auf die internationale Bedeutung des 5-Jahresplanes hinwies. Er betonte dabei, daß der Plan für die Schwerindustrie zu 103 Prozent erfüllt worden sei.

Die industrielle Produktion habe 300 Prozent der Vorkriegserzeugung erreicht.

Hinsichtlich der Agrarwirtschaft wies Stalin darauf hin, daß in 4 Jahren 5000 Staatsbetriebe geschaffen worden seien, 80 Prozent der bäuerlichen Betriebe seien Kollektivwirtschaften.

Hindenburg über Deutschlands Lage.

Reichspräsident von Hindenburg hat sich zuletzt bei verschiedenen Anlässen über die innere und äußere Lage Deutschlands geäußert. Der Reichspräsident wies darauf hin, daß die Entwicklung des Jahres 1932 zu der Hoffung berechtigt, daß die härteste Notzeit Deutschlands überwunden und der Weg aufwärts nunmehr frei werde.

Die internationalen Beziehungen, sagte Reichspräsident von Hindenburg, haben sich günstiger gestaltet, nachdem die Reparationsfrage, das große Hemmnis jeder wirtschaftlichen Erholung, im vergangenen Sommer endlich ihrer Lösung zugeführt wurde und im letzten Monat in der Abrüstungsfrage Deutschland die Gleichberechtigung eingeräumt worden ist; wir wollen hoffen, daß dieses Jahr die Verwirklichung dieses Grundsatzes und damit die erwarteten Fortschritte für den äußeren und den inneren Frieden bringen wird.

Die deutsche Wirtschaft, die noch vor Jahresfrist sich in Lebensgefahr befand, hat sich nach den schweren Erschütterungen der Vorjahre allmählich wieder gefestigt und beschreitet den Weg langsamer Erholung.

Auch die innerpolitische Lage — der Gegenstand so vieler Sorgen — zeigt, wie es mir scheint, schlichtere Anfänge einer Entspannung. Um auf dieser Bahn vorwärts und aufwärts zu schreiten, um das Vertrauen in die Kraft Deutschlands innerhalb und ausserhalb der Landesgrenzen wiederherzustellen, bedarf es der Fernhaltung aller Störungen des politischen Lebens und der Zusammenfassung aller staatsbewußten und vaterlandsliebenden Deutschen. Der Reichspräsident gab der Hoffnung Ausdruck, daß in der seelischen Verfassung des deutschen Volkes eine Besserung eintreten werde, daß der Geist innerer Verbundenheit und enger Schicksalsgemeinschaft wiederkehren und auch diejenigen, die jetzt noch ablehnend oder zögernd abseits stehen, zur Mitarbeit an der Überwindung der Not der Zeit und der Schaffung einer besseren Zukunft herangeführt werden.

Die Aufgaben der nächsten Zeit seien schwer und mannigfaltig. Ich bin, sagte der Reichspräsident, der Auffassung, daß es unser erstes Ziel sein muß, unserem Volke Brot und Arbeit zu schaffen, den Millionen arbeitswilliger Hände, die unfreiwillig ruhen müssen, wieder Beschäftigung zu geben und den vielen Familien, in denen Not und Verzweiflung herrschen, Hoffnung und den Glauben an bessere Tage wiederzubringen. Die Arbeitsbeschaffung ist das Kernproblem unserer Zeit und die Frage, die alle Deutschen gleichmäßig angeht. Wenn wir das Vertrauen in unsere eigenen Kräfte wiedergefunden haben, wenn wir uns in der Bereitwilligkeit, mitzuarbeiten und mitzuhelfen, zusammenschließen, so ist damit die sichere Grundlage gegeben, auf der wir zuverlässig und erfolgversprechend weiterbauen werden.

In einer weiteren Betrachtung über die äußere Lage wies Reichspräsident von Hindenburg darauf hin, daß die Weltkrise noch nicht überwunden sei. Es bedürfe der verständnisvollen Zusammenarbeit der Regierungen und vor allem einer großzügigen Neuordnung der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, wenn die Lebensbedingungen für die Völker wieder erträglicher werden sollten. Von der wirtschaftlichen Seite aller, sagte der Reichspräsident, wird sich die gegenwärtige Weltkrise nicht meistern lassen. Ihre Bewältigung kann nur dann gelingen, wenn die Grundzüge aller Völkerbeziehungen, das gegenseitige Vertrauen wiederhergestellt wird. Das hat sich bei allen Bemühungen der letzten Zeit immer klar gezeigt, und ist immer mehr Allgemeingut der Erkenntnis geworden. So treten neben die wirtschaftlichen Probleme mit nicht minderer Dringlichkeit die großen politischen Fragen, die heute der Lösung harren.

Mit steigender Spannung wird ihre

Neue Staatsmänner in Baden.

Baden, 10. Januar.
 Der badische Landtag wählte heute den Ministerpräsidenten Dr. Umhauer zum Innenminister.

Dr. Umhauer steht der deutschen Volkspartei nahe, ist aber politisch bisher noch nicht hervorgetreten. Sein Vorgänger war der verstorbene Sozialdemokrat Emil Meyer.

Zum badischen Staatspräsidenten wurde der Justizminister Dr. Schmidt, der dem Zentrum angehört, wiedergewählt.

Dr. Schmidt steht 1928 an der Spitze des badischen Kabinetts.

Aufgehobene Immunität.

Dresden, 10. Januar.
 Der Immunitätsausschuß des sächsischen Landtages stimmte heute der Auslieferung des Abgeordneten Dr. Benneke zu, der in die Angelegenheit der Ermordung der S. A. Mannes Beachtlich verwickelt erscheint.

Die Unruhen in Spanien.

Sevilla, 10. Januar.
 Zu den Unruhen in Spanien wird berichtet, daß die Gewerkschaften in der Stadt Sevilla den Generalstreik verkündeten.

Es kam mehrfach zu Schießereien, bei denen 6 Personen verletzt wurden.

Der Aufstand in Indien.

Alwar (Indien), (9. Januar (A.A.)
 Nach einem sämtlichen Bericht, der Einzelheiten über die Erhebung der maharadschischen Untertanen des Maharadscha von Alwar im Laufe des 6. Januar wiedergibt, zerstörten Mjos in Gowingdahi die Götter und heiligen Zeichen in den Tempeln, banden den Mahatma, den Hindupriester, mit dem Kopf nach unten an einen Baum und plünderten trotz der Anstrengungen der Truppen des Staates Alwar die Häuser und Geschäfte. Es gelang jedoch den Truppen, den Mahatma zu befreien.

Achttausend Personen etwa drangen gegen das Regierungsgebäude vor, wurden aber durch ein gutgezieltes Feuer zurückgeworfen. Der Bericht führt diese Vorfälle auf besondere Verhetzung durch Außenstehende zurück.

Frankreichs Finanzsorgen.

Erklärungen des Ministers Chéron.

Paris, 9. Januar.
 Der französische Finanzminister Chéron wird morgen im Kabinettsrat über sein Finanzprogramm eine Erklärung abgeben.

Diese Erklärung ist heute in einer Besprechung zwischen Chéron und Ministerpräsident Paul-Boncour in großen Zügen festgelegt worden.

Das Abgeordnetenhaus und der Senat treten demnächst zur Wahl ihres Präsidenten zusammen.

Im Abgeordnetenhaus dürfte nach Ansicht französischer Parlamentarier Buisson wiedergewählt werden, der schon seit 7 Jahren Präsident ist.

In der weiteren Sitzung wird sich die Kammer dann auch mit dem Brand der „Atlantique“ und anderen kleineren Vorfällen beschäftigen, und erst in der nächsten Woche zur Besprechung der Finanzmaßnahmen übergehen.

Kleine Entente.

Moskau, 6. Januar.
 Die „Krasnaja Swesda“, das Blatt der Roten Armee, beschäftigt sich in ihrer neuesten ausserpolitischen Wochenschau mit der Konferenz, die Vertreter der Generalstäbe Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschechoslowakei vor kurzer Zeit in Belgrad abgehalten haben. Das Sowjetblatt hebt hervor, daß über diese Konferenz keine offiziellen Nachrichten vorliegen, sondern man habe nur „offiziell etwas durchblickern lassen.“ Über die Ergebnisse der Konferenz sei der Frage natürlich erst recht nichts mitgeteilt worden.

Auch in Moskau habe man bisher keine genaue Nachrichten darüber, aber das Blatt der Roten Armee will verschiedene in den drei genannten Staaten gefaßten Beschlüsse als Ergebnisse der Generalstabskonferenz ansehen.

So habe Jugoslawien auf französischen und englischen Vorschlag auch Kriegsschiffe bestellt, die Tschechoslowakei habe einen Obersten Kriegsrat geschaffen, um die Herbeiführung an einer Stelle zu konzentrieren. Im Hinblick auf den Ernst eines kommenden „Krieges“ sei es notwendig, daß man in Italien ein stilles beschließt, mit der Hebung der Leistungsfähigkeit seiner Kriegsindustrie und mit Plänen für den Bau strategischer Eisenbahnen.

Die „Krasnaja Swesda“ sieht hinter all diesen Plänen und Beratungen den Schatten Frankreichs, denn ihrer Meinung nach ist die französische Generalstab als die eigentliche Zentralleitung der Armeen der Kleinen Entente zu betrachten.

Diesmal fehlen in dem Artikel die so oft ausgesprochenen Befürchtungen, daß solche Generalstabskonferenzen ihre Spitze vor allem gegen die Sowjetunion richten. Das Blatt ist vielmehr der Ansicht, daß vor allem Italien ein sehr guter Grund hätte, diesen Konferenzen beizutreten.

Wie es der Rede, die Chéron heute im Kabinettsrat hielt, hervorgeht, ist der Feibetrag im Staatshaushalt so groß, daß ein Fünftel der Ausgaben ohne Deckung ist.

Chéron bezeichnete es als dringend notwendig, daß unter diesen Umständen das Gleichgewicht so rasch als möglich hergestellt werden müsse, so schwere Opfer auch von jedem Franzosen gefordert werden müßten.

Zur Entlastung der Wirtschaft ist die Herabsetzung der Steuer auf Eisenbahntransporte